

GEWERKSCHAFTEN

Unter Spardiktat

Ver.di-Beschäftigte wehren sich gegen ein Zwangsdarlehen. Der Vorstand spielt auf Zeit

Wenn Martin Lesch auf seinen Arbeitgeber zu sprechen kommt, kann er seine Wut kaum noch zügeln. Er traue ihm allerlei „Sauereien“ zu. Der Leipziger ist bei der Gewerkschaft Ver.di beschäftigt. Wie mindestens 20 weitere seiner Kollegen zieht er gegen die DGB-Organisation vor Gericht. 300 haben bereits Rechtsbeistand beantragt, die Zahl könnte auf 500 anwachsen. Grund: Ver.di zwingt alle Mitarbeiter, die nicht freiwillig in eine Teilzeitarbeit wechseln, ihr von April bis September jeden Monat fünf Prozent des Gehalts als Darlehen bis 2007 zur Verfügung zu stellen. Mit Hinhalten taktik will der Gewerkschaftsvorstand eine Prozesslawine verhindern.

Angeschlagen. Ver.di wachsen die Personalkosten über den Kopf. Der Gründungsbeschluss von 2001 sichert den 4500 Beschäftigten Kündigungsschutz bis 2007 zu. Gleichzeitig dürfen die Ausgaben für die Mitarbeiter nicht über 50 Prozent der Einnahmen wachsen. Bei einbrechenden Mitglieds- und Beitragszahlen bedeutet das für Finanzvorstand Gerd Herzberg bis 2009 einen Fehlbetrag von insgesamt 170 Millionen Euro.

Rettung erhofft sich der Vorstand von einer Vereinbarung mit dem Betriebsrat. Die Mitarbeiter können freiwillig auf

eine halbe Stelle wechseln, mit 80 Prozent Gehalt. Wer darauf nicht eingeht, muss Ver.di ein Darlehen leisten, das nach 2007, mit einem Prozent über der Inflationsrate verzinst, zurückgezahlt wird.

Die erste Klage gegen das Zwangsdarlehen war vor dem Düsseldorfer Arbeitsgericht erfolgreich. In Münster steht in einem anderen Verfahren für den 19. August ein Güetermin an. Die Gewerkschaftsspitze spielt auf Zeit. „Wir werden in jedem Fall in Berufung gehen“, kündigt Ver.di-Sprecher Harald Reutter an. Um die Zahl der Klagen gering zu halten, will Ver.di auf Verjährungseinspruch verzichten, wenn die Beschäftigten nicht gleich vor Gericht ziehen, sondern einen Musterprozess abwarten. Doch bis zum Bundesarbeitsgericht kann es bis Mitte 2005 dauern, und „2005 erwarte ich die Spitze unseres Defizits bei den Personalkosten“, kalkuliert Herzberg. So lange könnte Ver.di das Geld behalten.

Auch bei Lesch taktiert Ver.di. Das Büro des 54-Jährigen steht in Leipzig. Doch Ver.di hat beantragt, den Prozess nach Berlin zu verlagern – wieder vergeht Zeit. Lesch kämpft nicht ums Geld. Er kritisiert, dass sein Arbeitgeber und der Betriebsrat „zu weit in individuelle Rechte eingreifen“. Lesch: „Bald werden



„Bald sagen Aldi und Schlecker: Von Ver.di lernen heißt siegen lernen“

Martin Lesch
Ver.di-Beschäftigter und Kläger

Unternehmen wie Schlecker und Aldi sagen: Von Ver.di lernen heißt siegen lernen.“ Beide Unternehmen sind bekannt für ihre Abwehrreaktionen gegen die Gründung von Betriebsräten.

Nicht einmal die Immobilien der Gewerkschaft spülen so viel Geld in die Kasse wie angenommen. Nach drei Jahren steht jetzt der Verkauf der ehemaligen ÖTV-Zentrale in Stuttgart bevor. Doch statt der erhofften 35 Millionen Euro erwartet Herzberg nur 25 bis 30 Millionen. „Es sind nur noch Details zu klären“, bestätigt Ver.di-Sprecher Reutter. Auch die Zentrale der früheren Postgewerkschaft in Frankfurt/Main soll den Besitzer wechseln – für vier bis fünf Millionen. ■

HERBERT WEBER



DIE EINNAHMEN BRECHEN WEG

Mitgliederzahlen von Ver.di seit Gründung 2001



SCHWINDSÜCHTIG Im Ver.di-Vorstand erwartet man für 2004 weniger als 2,6 Millionen Beitragszahler

ARBEITGEBER IN FINANZNOT

Die Ver.di-Vorstandsmitglieder Gerd Herzberg, Margret Mönig-Raane und Gewerkschaftschef Frank Bsirske (v. l.) nehmen für ihre Gewerkschaft Darlehen bei ihren Mitarbeitern auf

Fotos: M. Kühn/Focus-Magazin, M. Urban